



Abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren: Mehrheit dafür, Finanzierung unter Druck

Ute Pappelbaum

69 Prozent der Deutschen wollen die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren beibehalten, obwohl die Regelung nach Angaben des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) pro Rentenjahrgang 9,5 Milliarden Euro kostet. Eine aktuelle INSA-Umfrage zeigt zugleich erhebliche Unterschiede zwischen den Generationen. Während jüngere Menschen eine Abschaffung deutlich häufiger befürworten, steigt die Zustimmung mit der Nähe zum Renteneintritt. Damit verschärft sich eine grundsätzliche Frage der Rentenpolitik: Wie lassen sich bestehende Leistungsversprechen finanzieren, wenn immer weniger Erwerbstätige für eine wachsende Zahl von Rentnern aufkommen müssen?

Obwohl die 2.006 Befragten ausdrücklich auf die finanziellen Kosten der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren hingewiesen wurden, sprechen sich 69 Prozent für deren Beibehaltung aus. Lediglich 20 Prozent befürworten eine Abschaffung, weitere elf Prozent sind unentschieden oder machen keine Angabe.

Das Ergebnis unterstreicht, wie fest die Vorstellung einer besonderen Anerkennung langer Erwerbsbiografien gesellschaftlich verankert ist. Wer über Jahrzehnte gearbeitet und entsprechende Versicherungszeiten erworben hat, soll früher in den Ruhestand gehen können, ohne dafür lebenslange Rentenabschläge hinnehmen zu müssen. Dieser sozialpolitische Anspruch findet breite Zustimmung, beantwortet allerdings noch nicht die Frage, wie die damit verbundenen Ausgaben unter den Bedingungen

des demografischen Wandels dauerhaft finanziert werden können.

DIA-Umfrage: Junge Menschen beurteilen die abschlagsfreie Rente kritischer

Hinter der deutlichen Gesamtmehrheit verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Unter den 18- bis 29-Jährigen wollen 51 Prozent an der bestehenden Regelung festhalten, während 28 Prozent ihre Abschaffung befürworten. Bei den 30- bis 39-Jährigen steigt die Zustimmung bereits auf 63 Prozent und erreicht unter den 60- bis 69-Jährigen mit 84 Prozent ihren höchsten Wert. In dieser Altersgruppe sprechen sich lediglich zehn Prozent für eine Streichung aus.

Erst bei den Befragten ab 70 Jahren verändert sich das Bild wieder. Hier sinkt die Zustimmung auf 68 Prozent, während der Anteil der Abschaffungsbefürworter auf 24 Prozent steigt.

Die Ergebnisse legen nahe, dass die Bewertung rentenpolitischer Leistungen auch von der eigenen Lebensphase beeinflusst wird. Für jüngere Erwerbstätige liegt ein möglicher Renteneintritt noch Jahrzehnte entfernt, während ältere Versicherte die Bedingungen ihres bevorstehenden Ruhestands wesentlich konkreter einschätzen können. Daraus lässt sich allerdings nicht ableiten, dass die Befragten ausschließlich nach persönlichen finanziellen Interessen urteilen, denn auch Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit, unterschiedliche Erwerbsbiografien und Erfahrungen mit körperlich belastender Arbeit können ihre Haltung prägen.

Bemerkenswert bleibt, dass selbst unter den jüngsten Erwachsenen eine knappe Mehrheit die abschlagsfreie Rente beibehalten möchte. Von einer grundsätzlichen Ablehnung durch die junge Generation kann deshalb keine Rede sein, wohl aber von einer deutlich kritischeren Bewertung als bei den rentennahen Jahrgängen.

Was kostet die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren?

Nach Angaben des DIA verursacht die abschlagsfreie Rente Kosten von 9,5 Milliarden Euro pro Rentenjahrgang. Diese Summe wurde den Teilnehmern bereits in der Fragestellung genannt, sodass die Befragung ausdrücklich die Zustimmung zur bestehenden Regelung unter Hinweis auf ihre finanziellen Belastungen erfasst.

DIA-Sprecher Peter Schwark beziffert den zusätzlichen Vorteil für ältere Begünstigte im Durchschnitt auf rund 40.000 Euro. Diese Zahl ist eine Angabe des Instituts und kein eigenständiges Ergebnis der Meinungsbefragung.

Für die gesetzliche Rentenversicherung liegt die wirtschaftliche Bedeutung der Regelung vor allem in ihrer Finanzierung. Anders als bei einer kapitalgedeckten Altersvorsorge werden die eingezahlten Beiträge nicht individuell angespart, sondern im Umlageverfahren zur Finanzierung laufender Renten verwendet. Ergänzt werden diese Einnahmen durch erhebliche Bundesmittel, die ihrerseits aus dem Steueraufkommen finanziert werden müssen.

Wer früher in den Ruhestand geht, bezieht unter ansonsten gleichen Bedingungen länger Rente und zahlt bei einem vollständigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

keine weiteren Beiträge aus Beschäftigung. Bei einer abschlagsfreien Altersrente wird die längere Bezugsdauer zudem nicht durch die sonst üblichen Rentenabschläge berücksichtigt, wodurch zusätzliche Ausgaben entstehen, die von der Versichertengemeinschaft und dem Staat getragen werden müssen.

Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte ermöglicht allerdings keinen beliebig frühen Rentenbeginn nach 45 Arbeitsjahren. Für Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1964 liegt die maßgebliche Altersgrenze bei 65 Jahren und damit zwei Jahre unter der regulären Altersgrenze von 67 Jahren. Voraussetzung sind 45 anrechenbare Versicherungsjahre, wobei neben Beschäftigungszeiten unter bestimmten Bedingungen auch weitere Versicherungszeiten berücksichtigt werden.

Generationengerechtigkeit: Wer trägt die Kosten der Frührente?

Die abschlagsfreie Rente beruht auf dem Gedanken, dass Menschen mit besonders langen Erwerbsbiografien einen früheren Ruhestand verdient haben. Wer bereits in jungen Jahren ins Berufsleben eingetreten ist und über Jahrzehnte Beiträge geleistet hat, soll gegenüber Versicherten mit kürzeren Erwerbsbiografien einen Vorteil erhalten.

Diese Vorstellung besitzt eine nachvollziehbare sozialpolitische Begründung, zumal lange Erwerbszeiten mit erheblichen körperlichen Belastungen verbunden sein können. Allerdings sagt die Zahl der Versicherungsjahre allein weder etwas über die Höhe der geleisteten Beiträge noch über die tatsächliche gesundheitliche Beanspruchung während des Berufslebens aus.

Die gesetzliche Rentenversicherung verbindet das Versicherungsprinzip seit jeher mit Elementen des sozialen Ausgleichs. Die besondere Berücksichtigung langer Erwerbsbiografien ist deshalb nicht systemfremd, muss sich aber an den finanziellen Möglichkeiten eines Systems messen lassen, dessen Einnahmen wesentlich von der Beschäftigung und den beitragspflichtigen Einkommen der Erwerbstätigen abhängen.

Mit dem demografischen Wandel gewinnt damit die Verteilung der Finanzierungslasten an Bedeutung. Höhere Beitragssätze würden die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten und die Arbeitskosten der Unternehmen belasten, während zusätzliche Bundesmittel den finanziellen Spielraum für andere staatliche Aufgaben einschränken. Leistungseinschränkungen wiederum könnten insbesondere

Menschen treffen, die nur begrenzte Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge besitzen.

Die rentenpolitische Entscheidung besteht folglich nicht allein darin, eine als gerecht empfundene Leistung zu erhalten oder abzuschaffen, sondern ihre Finanzierung gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen möglicher Alternativen abzuwägen.

Die politische Mehrheit löst das Finanzierungsproblem nicht

Die Ergebnisse der DIA-Befragung verdeutlichen, weshalb Veränderungen an bestehenden Rentenleistungen politisch so schwer durchzusetzen sind. Eine deutliche Mehrheit möchte an der abschlagsfreien Rente festhalten, obwohl die Kosten ausdrücklich benannt wurden und die demografischen Herausforderungen längst bekannt sind. Damit trifft der Wunsch nach verlässlichen Leistungszusagen auf ein Finanzierungssystem, dessen langfristige Belastbarkeit wesentlich von der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung, der Beschäftigung und der beitragspflichtigen Einkommen abhängt.

Für die Politik entsteht daraus ein Konflikt zwischen gegenwärtiger Zustimmung und künftiger Finanzierbarkeit, der sich durch das Festhalten an bestehenden Regelungen nicht auflösen lässt. Die finanziellen Folgen rentenpolitischer Entscheidungen reichen weit über einzelne Legislaturperioden hinaus, während steigende Ausgaben schrittweise die Beitragszahler und den Bundeshaushalt belasten.

Die Umfrage belegt dabei keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Jung und Alt, sondern macht sichtbar, wie unterschiedlich eine gesellschaftlich anerkannte Leistung bewertet wird, je nachdem, wie nah ihre mögliche Inanspruchnahme liegt. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, den Anspruch auf eine verlässliche Altersversorgung mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen ihrer Finanzierung zu vereinbaren.

Die abschlagsfreie Rente steht damit beispielhaft für ein Problem, das die gesamte gesetzliche Rentenversicherung betrifft: Politische Mehrheiten können über Leistungsansprüche entscheiden, nicht aber über die demografischen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Ansprüche künftig finanziert werden müssen.

Quelle: Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA); INSA-Meinungstrend, Befragung vom 11. bis 14. September

2026 unter 2.006 Erwachsenen in Deutschland. Die Kostenangaben beruhen auf Angaben des DIA.

Wer kann nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen?

Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte ermöglicht einen vorgezogenen Renteneintritt ohne Abschläge, sofern mindestens 45 anrechenbare Versicherungsjahre vorliegen. Für Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1964 liegt die Altersgrenze bei 65 Jahren und damit zwei Jahre unter der regulären Altersgrenze von 67 Jahren.

Warum wird die abschlagsfreie Rente kritisiert?

Kritisiert werden vor allem die zusätzlichen Ausgaben und deren Verteilung zwischen den Generationen. Wer früher abschlagsfrei in Rente geht, bezieht unter ansonsten gleichen Bedingungen länger Leistungen, ohne dass die verlängerte Bezugsdauer durch Rentenabschläge berücksichtigt wird. Angesichts des demografischen Wandels erhöht dies den Finanzierungsdruck auf die gesetzliche Rentenversicherung.

Was kostet die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren?

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Altersvorsorge verursacht die Regelung Kosten von rund 9,5 Milliarden Euro pro Rentenjahrgang. Das DIA beziffert den zusätzlichen Vorteil für ältere Begünstigte auf durchschnittlich etwa 40.000 Euro. Beide Werte sind Angaben des Instituts und keine Ergebnisse der INSA-Meinungsbefragung.

Wird die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren abgeschafft?

Die vorliegende DIA-Umfrage dokumentiert die öffentliche Haltung zur bestehenden Regelung, enthält aber keine politische Entscheidung über deren Zukunft. Eine Abschaffung oder Änderung müsste gesetzlich beschlossen werden. Nach den Befragungsergebnissen sprechen sich derzeit 69 Prozent für die Beibehaltung und 20 Prozent für eine Abschaffung aus.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952405/Abschlagsfreie-Rente-nach-45-Jahren-Mehrheit-dafuer-Finanzierung-unter-Druck/>